

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten weckfähigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13093. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreis: Die 7-spaltige Kolonelleile oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 M.; Reklame-Kolonelleile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Eine neue Koalitionsregierung der Mittelparteien?

Zur Regierungsbildung. Dr. Mayer Reichskanzler?

Berlin, 17. Juni. (U.) Gestern nachmittag hatte Dr. Trimborn eine längere Besprechung mit dem Reichspräsidenten Ebert, wobei er diesem den Vorschlag machte, den deutschen Geschäftsträger in Paris, den Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei Dr. Mayer-Kaufmann, mit der Kabinettsbildung zu betrauen und ihn zum Reichskanzler zu ernennen. Der Reichspräsident nahm diesen Vorschlag entgegen und es erfolgte noch am Nachmittag die telegraphische Übermittlung des Auftrages an Dr. Mayer.

Berlin, 17. Juni. Die Inausfichtnahme Dr. Mayers als Reichskanzler wird von Morgenblättern im allgemeinen günstig besprochen.

Vorläufige Vorschläge.

Berlin, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Kabinettsbildung hat im Laufe des gestrigen Tages einige Fortschritte gemacht. Im Wesentlichen wird in verfeinerter Form die alte Koalition der neuen Regierung zugrunde liegen, selbst wenn es nicht gelingen sollte, sozialdemokratische Politiker im Kabinett zu behalten. Nach einigen Meldungen macht aber immer noch Herr Trimborn den Versuch, der Sozialdemokratischen Partei nahezuweisen, einzelne Minister, z. B. Herrn Bauer als Verkehrsminister, im Kabinett zu befragen und ihn gemäß den Beschlüssen der Parteikonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Beamten und nicht als Politiker anzusehen.

Ueber die Beteiligung der Deutschen Volkspartei im Kabinett ist ebenfalls noch nicht das letzte Wort gesprochen. Nach den Meldungen einiger Blätter soll die Deutsche Volkspartei Herrn Dr. Heine, den Herr Trimborn als Justizminister für das neue Kabinett zu gewinnen suchte, die Genehmigung zum Eintritt in die Regierung verweigert haben. Als feststehend kann heute schon gelten, daß Trimborn den Posten des Reichskanzlers nicht übernehmen wird. Ueber das Kabinett Mayers werden bereits verschiedene Ministerkrisen verbreitet, von denen die nachstehende wenigstens in Bezug auf die politischen Richtungen, die im Kabinett vertreten sein werden, der Wahrheit am nächsten kommen dürfte.

Das Ministerium des Innern behält der bisherige Minister Koch. Das Auswärtige Amt soll entweder in die Hände des früheren Ministerialdirektors Simon oder des früheren sächsischen Gesandten in Wien, von Köstly übergehen; das Wirtschaftsministerium soll angeblich der Krupp-Direktor Wiedfeld übernehmen; die Finanzen soll Herr Wirth behalten; das Reichsschatzministerium wird dem demokratischen Abgeordneten n. Steuens angeboten werden; das Arbeitsministerium erhält der Zentrumsabgeordnete Stegerwald; das Verkehrsministerium wird je nach der Entscheidung der Sozialdemokratischen Partei entweder mit Herrn Bauer oder, wenn die Sozialdemokratische Fraktion dies verweigert, mit Gröner besetzt werden, und das Reichswehrministerium soll in den Händen des Herrn Gehle bleiben.

Herr Fehrenbach, dem das Reichskanzleramt angeboten wurde, hat dankend abgelehnt. Ob sein bayrischer ehemaliger Parteigenosse mehr Glück haben wird als Trimborn, wird sich zeigen. Die bürgerliche Presse spricht davon, daß das Kabinett nur eine Übergangsregierung sein soll, bis die Konferenz in Spa vorüber ist. Und dann?

Einberufung des Reichstags.

Berlin, 17. Juni. (U.) Der Präsident der Nationalversammlung, Fehrenbach, beruft auf Grund der Artikel 127 und 180 der Verfassung den neugewählten Reichstag für den Donnerstag, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr, zusammen.

Die Sühne für Hochverrat

Berlin, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie der Vorwärts mitteilt, sind beim Untersuchungsausschuß für die Märzvorgänge im Reichswehrministerium gegen 691 Offiziere Anklagen erhoben worden. Bis jetzt ist in 307 Fällen entschieden. In 97 Fällen ist auf Dienstentlassung und Beurlaubung erkannt, während der Rest durch Beförderung und Niederschlagen seine Erledigung fand. Am auch dem Unterpersonal zu seinem Recht zu verhelfen und unrechtmäßige Entlassungen zu verhindern, ist ein weiteres Referat, für Bewährten von Unterpersonal zuständig, mit einem Offizier, einem Unteroffizier und einem Hauptreferentem erteilt worden.

Ein französisch-belgisches Militärabündnis.

Brüssel, 16. Juni. (U.) Die Verhandlungen zwischen dem Marschall Foch und dem belgischen General Kabschel haben zu dem Ergebnis geführt, daß zwischen Frankreich und Belgien ein Militärabündnis abgeschlossen wird, nach welchem Belgien zur Haltung eines stärkeren Heeres als vor dem Kriege und zur Verstärkung seiner Befestigungen verpflichtet wird. Das Militärabündnis gilt für die Dauer von 15 Jahren; es ist ein Defensivabündnis.

Protest der Gleiwitzer Betriebsräte gegen die französischen Uebergriffe.

Breslau, 16. Juni. Nach einer Meldung des 8-Uhr-Abendblattes aus Gleiwitz sind die dortigen Betriebsräte gestern beim französischen Plebiszitärpräsidenten wegen der französischen Uebergriffe vorstellig geworden. Die Arbeiterschaft sei gewillt, falls ihre Bitte um Abhilfe nicht erfüllt werde, zur Selbsthilfe zu greifen. Der Präsident hat erklärt, die Vorfälle würden untersucht. Die Schuldigen seien zum Teil schon verhaftet und würden bestraft werden. Die Verletzten würden durch die französischen Behörden entschädigt werden. Das Verbot des Waffentragens werde durchgeführt werden.

Fortsetzung der Verhandlungen mit Krassin.

London, 15. Juni. Reuter erfährt: Bisher ist eine neue Konferenz zwischen Krassin und den englischen Ministern nicht vereinbart worden. Es wird eine solche stattfinden, sobald Krassin aus Moskau Antwort auf die bei den beiden ersten Verhandlungen aufgeworfenen Fragen erhalten hat. Ein Hindernis ist nicht eingetreten. In der Frage der russischen Schulden, die als die wichtigste angesehen wird, hat Krassin bisher eine Antwort aus Moskau nicht erhalten.

London, 15. Juni. (Reuter.) Die belgische und die japanische Regierung haben beschlossen, sich an den Verhandlungen der englischen Regierung mit Krassin zu beteiligen.

Verurteilung ungarischer Menschenräuber.

Das Wiener Schwurgericht verhandelte am Dienstag gegen die beiden ungarischen Offiziere Eugen Bleich und Koloman Kih, die den Budapestser Kommunisten Bela Schön gemauftam über die ungarische Grenze brachten und an die ungarische Regierung ausliefern ließen. Bela Schön hatte seinerzeit während der Räteregierung den Professor Berendt in Budapest am Donau-Kanal niedergeschossen und war dann nach Oesterreich geflohen. Schön wurde nach seiner Auslieferung in Ungarn getötet. Kih wurde zu drei Jahren schweren Kerkers, Bleich zu 3½ Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Neue Täuschungsversuche der Korthy-Regierung.

Das ungarische Korr.-Bureau meldet: Auf den vorgestrigen Regierungserlass hin haben die Budapestser Bruchlabteilungen alle Untersuchungen gegen Zivilpersonen eingestellt. Und die ungarischen Militaristen senden gleichzeitig neue Strafrechtspetitionen aus, um die „letzten Wurzeln“ des Bolschewismus auszurotten, wie untreue gestrige Meldung über die Rede des Innenministers Soos beweist.

Proteststreik gegen die Verhaftungen in Ludwigshafen.

Aus Anlaß der Verhaftung von Arbeiterführern in Ludwigshafen fanden gestern in Ludwigshafen mehrere Versammlungen der bereits streikenden Arbeiter statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß, falls die Franzosen die verhafteten Arbeiterführer nicht bis Freitag mittags 12 Uhr freigelassen haben, im ganzen besetzten Gebiete der Generalstreik erklärt werden würde. — Wie die Mainzer Volkszeitung meldet, ist im Zusammenhang mit den Verhaftungen in Ludwigshafen der sozialdemokratische Arbeiterssekretär Gröner in Mainz von den Franzosen verhaftet worden. In Wiesbaden wurden von den Franzosen bei dem sozialdemokratischen Arbeiterssekretär Lieser, dem Redakteur Lindig, dem Parteisekretär Witte und dem Journalisten Weds Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei einige überall erhältliche Broschüren beschlagnahmt wurden. Der Grund zu den Hausdurchsuchungen wird von den Franzosen geheim gehalten.

Das neue italienische Kabinett.

Rom, 16. Juni. (Agenzia Stefani.) Das neue Kabinett hat sich wie folgt gebildet: Giolitti Ministerpräsident und Innenminister, Scorza Auswärtiges, Rossi Kolonien, Fera Justiz, Tedesco Finanzen, Meda Schak, Bonomi Krieg, Secchi Marine, Croce Unterricht, Beano öffentliche Arbeiten, Michelli Landwirtschaft, Alessio Industrie, Pasqualino Balfoglio Posten, Raineri besetzte Gebiete, Laprillo Arbeit. Die Minister haben dem König den Eid geleistet.

Ein politisches Armutszeugnis.

Mit unverkennbarem Hoch- und Triumphgefühl beschäftigt sich jetzt die reaktionäre Presse mit dem Kapitel weibliche Wahlbeteiligung, das allerdings nach den in einzelnen Orten festgestellten unterschiedlichen Zahlenausstellungen für unsere revolutionär-sozialistische Sache traurig genug ist. Es wäre falsch, die Augen vor der beschämenden Tatsache zu verschließen, daß die Frauen des Proletariats sich von den weiblichen Zugehörigen der nationalliberalen und liberalen Bewegung an Klassenfernenheit und an politischem Eifer haben weit überholen lassen. In Köln, dem Hochsitz des Katholizismus und des Zentrums, wählten Männer und Frauen in getrennten Wahllokalen, so daß es möglich war, die unterschiedliche Wahlbeteiligung der weiblichen Stimmberechtigten genau festzustellen. Die Wählerziffern verteilten sich in 24 von 290 Kölner Wahlbezirken folgendermaßen:

	Männerstimmen	Frauenstimmen
Zentrum	32 931	39 154
Rechtsozialisten	36 295	24 134
Volkspartei	17 768	15 844
U. S. P.	18 245	3 973
Demokraten	6 551	4 077
Deutschnationale	3 190	3 422

Es haben demnach die Frauen beim katholischen Zentrum um ein Drittel die Männerstimmen überholt, dagegen stimmten für die Rechtsozialisten gerade ein Drittel, Frauen weniger und bei uns blieben die Frauen gar um mehr als die Hälfte hinter den abgegebenen Männerstimmen zurück. Legt man dieselbe weibliche Wahlbeteiligung und denselben weiblichen Wahleifer, der für die Waffenspartei getätigt wurde, allgemein zugrunde, dann hätten für die U.S.P. nicht 8000, sondern 24 000 Frauen stimmen müssen. Es ist beschämend zu sagen, daß alle diese Frauen, die heute schon zu uns gehören müßten, entweder zu Hause geblieben oder gar die Reaktion unterstützt haben.

Man mag einwenden, daß die Frauen mehr als die Männer dem Gewissenszwang des Beichtstuhles unterliegen und ihnen leicht noch als Sünde mit nachfolgender schwerer Höllenstrafe vorgemacht werden kann, was der Mann, auch der nicht aufgeklärt, bereits längst als sein erstes politisches Recht in Anspruch nimmt. Zweifellos wird unsere Organisation niemals mit den gewissenlosen terroristischen Mitteln arbeiten können und dürfen, welche die Mönchsstute und das Jesuitenhütlein für die Zwecke der Reaktion anzuwenden sich gar nicht entblößen. Man weiß, daß gerade im Rheinland der Gewissenszwang, auf die Frauen auch gerade vor dieser Wahl von den Pfaffen so weit getrieben wurde, daß den an Sozialdemokraten verheirateten Frauen bei Strafe des Himmels ausgegeben wurde, die eheleichen Verpflichtungen so lange zu verweigern, bis der Mann „bekehrt“ sei. Zugabe also, daß dieser terroristische Einfluß der Kirche auf die Frauen bestehen bleiben mag, solange die kirchliche Organisation nicht selbst in sich zerfallen ist. Aber dieser Einwand kann höchstens erklären, nicht aber entschuldigen. Er kann es um so weniger, als der größere Bekennernut und der viel stärkere politische Betätigungsdrang der Frauen nicht nur beim Zentrum, sondern auch bei den „nationalen“ Parteien gegenüber den sozialistischen und revolutionären festzustellen ist. Diese Parteien aber sind genau so auf die unterterroristische reine Organisationsarbeit angewiesen wie wir. Der Einwand des Beichtstuhles verfährt hier nicht. Der gesellschaftliche Einfluß, der von den Salons und Theegesellschaften der Bourgeoisie ausgeht, aber kann von uns reichlich durch die größere Propagandamöglichkeit in den Betrieben, die Arbeiterinnen beschäftigen, wettgemacht werden. Trotzdem hat die proletarische Frau auch gegenüber ihren nationalen „Schwestern“ verlagert. In Köln haben z. B. die Deutschnationalen nach obiger Aufstellung genau soviel Frauen als Männer auf die Beine gebracht. Die U.S.P. hätte also, wäre sie mit ihren politischen Ideen genau so tief in Verstand und Herz der wirtschaftlich ihr zufallenden Frau eingedrungen, nicht 8000, sondern 20 000 Wählerinnen aufbringen müssen.

Doppelt beschämend für uns ist es aber, daß diese traurige Erscheinung des vorläufigen Versagens unserer Frauenorganisation sich durchaus nicht auf den Platz Köln beschränkt, sondern ganz allgemein festgestellt werden mußte. Leider Gottes! In Eisenach, wo ebenfalls in getrennten Wahllokalen gewählt wurde, wird genau dasselbe konstatiert. Aus Hannover liegen die getrennten Wahlergebnisse aus zehn Wahllokalen vor. Hier haben alle Parteien den Bürgerstimmen einschließlich der Rechtssozialisten mehr Frauenstimmen als Männerstimmen erhalten, das Zentrum sogar fast ein Drittel (780 Männer gegen 1224